



Nach neuesten Angeboten der Regierung beenden die französischen Landwirte ihre Blockaden

Die Bauernverbände rufen ihre Mitglieder dazu auf, „in eine neue Form der Mobilisierung einzutreten“, indem sie mit den Präfekturen und Ministerien an der Umsetzung der von Gabriel Attal angekündigten Maßnahmen arbeiten.

„Die Bewegung hört nicht auf, aber sie verändert sich“, fasst der Präsident des Bauernverbandes FNSEA, Arnaud Rousseau, zusammen. Die FNSEA und die Gruppierung Jeunes Agriculteurs rufen dazu auf, „die Blockaden auszusetzen und in eine neue Form der Mobilisierung einzutreten“, nachdem Gabriel Attal am Donnerstag, dem 1. Februar, neue Ankündigungen gemacht hat. Beide Netzwerke rufen ihre Mitglieder dazu auf, mit den Präfekturen und Ministerien zusammenzuarbeiten, um die von Gabriel Attal angekündigten Maßnahmen umzusetzen, um den Forderungen der Landwirte, die seit mehreren Tagen überall in Frankreich protestiert haben, nachzukommen.

Die Regierung wird die Bestimmungen zur Reduzierung des Pestizideinsatzes „pausieren“. „Wir werden den Ecophyto-Plan (...) auf Eis legen, um eine Reihe von Aspekten zu überarbeiten und zu vereinfachen“, erklärte Landwirtschaftsminister Marc Fesneau am Donnerstag, dem 1. Februar.

Wirtschaftsminister Bruno Le Maire kündigte „10.000 Kontrollen“ über die Herkunft von Produkten in Supermärkten an. Die Sanktionen könnten bis zu 10 % des Umsatzes der Unternehmen oder Händlern betragen, die gegen die Verpflichtung, französische Produkte zu bevorzugen, verstossen, so der Wirtschaftsminister. „In den nächsten Tagen werden ausnahmslos alle großen Handelsketten kontrolliert“, teilte der Wirtschaftsminister mit.

Gabriel Attal kündigte „150 Millionen Euro“ für Landwirte und Züchter an. „Eine Arbeitsgruppe mit der Branche wird es ermöglichen, die Modalitäten zu präzisieren“, fügte der Premierminister hinzu. „Wir werden das Ziel der Ernährungssouveränität im Gesetz verankern“, versprach Gabriel Attal ausserdem. All dies werde „mit den Landwirten“ und „mithilfe von Indikatoren, die mit ihnen festgelegt werden“, definiert, so der Premierminister.

Die in Rungis festgenommenen Demonstranten wurden freigelassen. Die Polizeigewahrsam der 79 Demonstranten wurde aufgehoben, wie der Sender Franceinfo unter Berufung auf die Staatsanwaltschaft in Créteil mitteilte. Die Demonstranten waren in den Markt von Rungis eingedrungen und wurden daraufhin verhaftet und in Polizeigewahrsam genommen.

Tausend Traktoren fahren durch Brüssel. Während sich die europäischen Staats- und Regierungschefs in der belgischen Hauptstadt treffen, wurden mehrere Straßen in Brüssel in der Umgebung des Gipfels und der EU-Institutionen blockiert.